



KMU-Umfrage: **Wo drückt die KMU der Schuh?**

Autor: Peter Eisenhut

In Zusammen-
arbeit mit: Prof. Dr. Urs Fueglistaller
Dr. Heiko Bergmann
Prof. Dr. Fritz Forrer
Dr. Hubertus Schmid

Industrie- und Handelskammer
St.Gallen-Appenzell

Inhaltsverzeichnis

Konzept und Zielsetzung

KMU-Politik hat Hochkonjunktur Seite 4

Einstiegsfragen

Wie ist die Stimmung? Seite 5

Postulate zum Abbau von Geboten und Verboten

Arbeitsmarktregulierungen Seite 6

Sicherheit / Umwelt / Stromzugang / „Letzte Meile“ Seite 7

Postulate zur Vereinfachung administrativer Verfahren

Kundenorientierung der Verwaltung Seite 8

Verbandsbeschwerderecht und KMU-Verträglichkeit Seite 9

Postulate zur fiskalischen Entlastung

Nachfolgeregelung / Risiko-Kapital / MWST / Neugründung Seite 10

Doppelbesteuerung und Einkommenssteuer Seite 11

Postulate zur Förderung von KMU durch finanzielle Anreize

Kostenbeteiligung und Tourismusförderung Seite 12

Freigabe von Diplomarbeiten, Ausbau Institute, Aufbau KMU-Center Seite 13

Postulate zur Bevorzugung der KMU bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen

Die Berücksichtigung des Preises, Bildung von Teil-Losen Seite 14

Berücksichtigung weiterer Kriterien (neben dem Preis) Seite 15

Abschlussfrage

Welche Teilbereiche sind am wichtigsten? Seite 16

Zusammenfassung und Ausblick

Wo drückt die KMU der Schuh? Seite 17

Was tut die IHK? Seite 18

Anhang

Statistische Angaben zur Umfrage Seite 19

Fragebogen Seiten 20 – 24

KMU-Politik hat Hochkonjunktur

Besondere Aufmerksamkeit

KMU-Politik hat Hochkonjunktur: Parteien, Regierungen und Verbände, sie alle haben sich in letzter Zeit die Förderung von KMU – sei das durch Abbau von Behinderungen oder aktiver staatlicher Unterstützung – auf die Fahne geschrieben. Von all diesen Bemühungen merkt allerdings die Zielgruppe, eben die Klein- und Mittelunternehmen, bisher herzlich wenig. Auch die IHK St. Gallen-Appenzell setzt sich bekanntlich seit ihrer Gründung für KMU-freundliche Rahmenbedingungen ein. Gestützt auf die Erkenntnisse unserer Studie „Entwicklung und Perspektiven der Ostschweizer Volkswirtschaft“ und die daraus abgeleiteten wirtschaftspolitischen Handlungsempfehlungen haben wir uns entschieden, der staatlichen Behinderung und Förderung der KMU in den Jahren 2004 und 2005 besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

KMU-Umfrage

Als Instrument zur Gewinnung von näheren Informationen zur Behinderung und Förderung von KMU durch den Staat hat die IHK eine Umfrage durchgeführt, welche unter anderem auf folgende Fragen Antworten geben soll:

- Nehmen Kanton und Gemeinden die Anliegen vom KMU ernst? Fühlen sich die KMU in ihrer unternehmerischen Freiheit vom Staat behindert?
- Welche Gebote und Verbote machen den KMU am meisten zu schaffen?
- Wie können die administrativen Verfahren vereinfacht werden?
- Welche fiskalischen Entlastungen fordern die KMU?
- Möchten die KMU durch finanzielle Anreize gefördert werden?
- Wünschen sich die KMU eine Bevorzugung bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und wenn ja, woran denken sie konkret?

Im August 2004 wurden 4'766 Fragebogen an Unternehmen aus den Kantonen St.Gallen und den beiden Appenzell versandt. Bis Ende Oktober 2004 erhielten wir 1'025 ausgefüllte Fragebogen zurück, was einer Rücklaufquote von 21.5% entspricht. Genauere Angaben zur Umfrage sind im Anhang aufgelistet.

Der Fragebogen (siehe Anhang) enthält vorwiegend politische Postulate, welche in der letzten Zeit von Parteien und Interessengruppen in die Diskussion geworfen wurden. Deshalb ist es auch nicht so, dass alle Vorschläge im Einklang mit den von der IHK vertretenen Positionen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik stehen würden. Die Befragten konnten diesen Postulaten zustimmen oder sie ablehnen. Bei Zustimmung wurde zusätzlich die Wichtigkeit dieses Postulates abgefragt.

Zielsetzung

Mit der Umfrage wollen wir die primären staatlichen Hindernisse sowie die Anliegen der KMU bezüglich staatlicher Unterstützung identifizieren. Gestützt darauf werden wir:

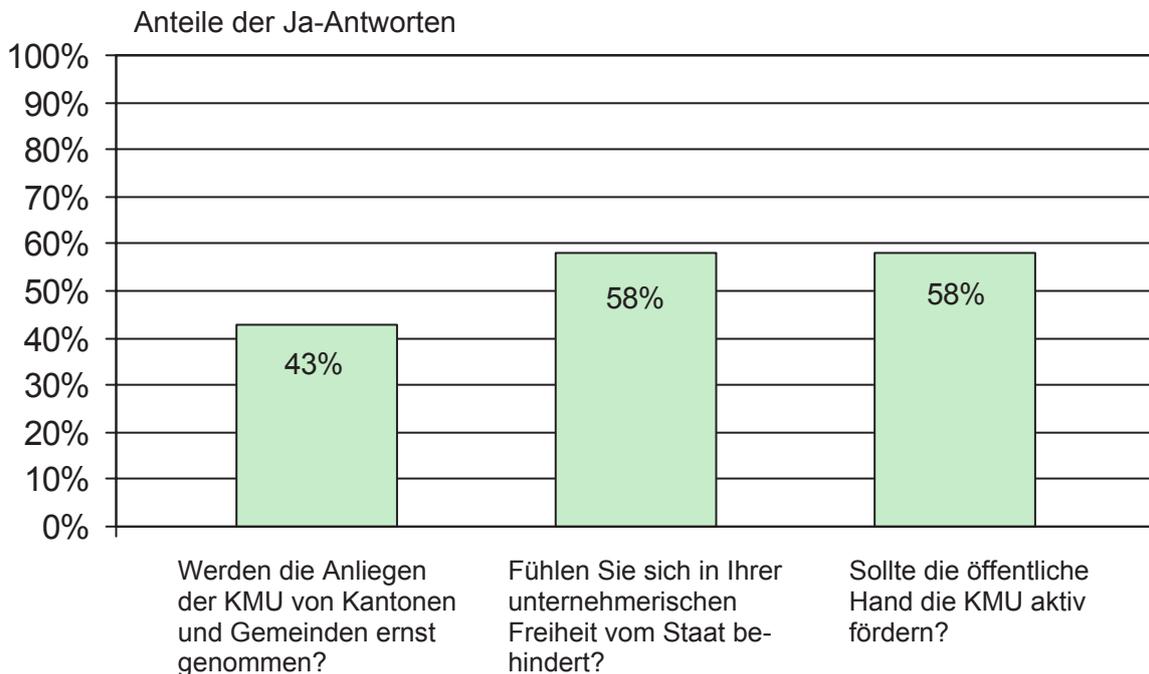
- Konkrete Massnahmen zum Abbau von Hindernissen bzw. zur Förderung von KMU aufstellen.
- Konkrete politische Vorstösse zur Umsetzung der Massnahmen lancieren.

Letztlich zielen unsere Bemühungen in der KMU-Politik darauf ab, den Wirtschaftsstandort St.Gallen-Appenzell zu stärken und das wirtschaftliche Wachstum zu begünstigen.

Zusammenarbeit

Bei der Aufstellung und Auswertung des Fragebogens haben wir die Unterstützung des Institutes für angewandte Betriebswirtschaftslehre und Qualitätsmanagement (IQB) an der FHS Hochschule für Technik, Wirtschaft und Soziale Arbeit St.Gallen und des Schweizerischen Institutes für Klein- und Mittelunternehmen (KMU-HSG) an der Universität St.Gallen in Anspruch genommen.

Wie ist die Stimmung?



Werden die Anliegen der KMU von Kantonen und Gemeinden ernst genommen?

Weniger als die Hälfte der Unternehmen sind der Meinung, dass ihre Anliegen ernst genommen werden. Die Mehrheit der Befragten (57%) hingegen fühlt sich nicht ernst genommen. Branchenmässig betrachtet liegt der Anteil der Zufriedenen im Handel / Gastgewerbe mit 28% Ja-Anteil besonders tief. Im verarbeitenden Gewerbe fühlt sich eine knappe Mehrheit (52%) von Kanton und Gemeinde ernst genommen. Auffallend ist, dass mit steigender Unternehmensgrösse die Zustimmung zu dieser Aussage zunimmt, d.h. also, dass insbesondere die kleinen Betriebe mit 1 bis 9 Mitarbeitenden sich mit ihren Anliegen beim Staat im Stich gelassen fühlen. Nach Kantonen betrachtet, ergeben sich folgende Ja-Anteile: SG 42%; AR 54%; AI 61%. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass aus Innerrhoden sich nur 24 Unternehmen an der Umfrage beteiligt haben, in Ausserrhoden waren es 101 und aus dem Kanton St. Gallen stammen 867 der antwortenden Unternehmen.

Fühlen Sie sich in ihrer unternehmerischen Freiheit vom Staat behindert?

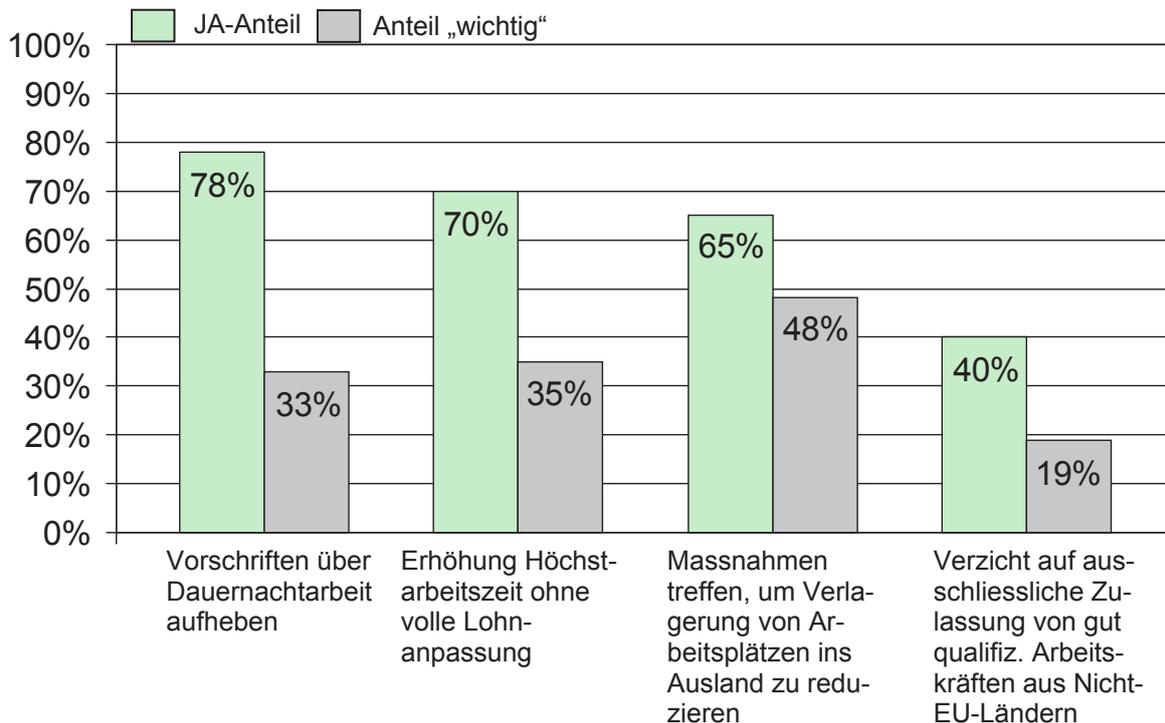
58% der Betriebe stimmen dieser Aussage zu, fühlen sich also vom Staat behindert. Die Unterschiede in der Beantwortung dieser Frage sind sowohl bezüglich Einteilung nach Branchen, nach Unternehmensgrössen als auch nach Regionen relativ klein.

Soll die öffentliche Hand die KMU aktiv fördern?

58% der KMU erwarten vom Staat eine aktive Förderung. Bei Gesprächen mit Unternehmen ist allerdings deutlich geworden, dass „aktive Förderung“ ein weiter Begriff ist. So kann unter einer aktiven Förderung finanzielle Unterstützung, steuerliche Entlastung oder Abbau von administrativen Belastungen und anderes mehr verstanden werden.

57% der Unternehmen fühlen sich von Kanton und Gemeinden nicht ernst genommen. Ein Handlungsbedarf von Seiten der Verwaltung und der Politik ist unbestritten.

Arbeitsmarktregulierungen



Postulat: „Der Bund soll die einschränkenden Vorschriften für die Dauernachtarbeit (Nachtarbeit ohne Wechsel mit Tagesarbeit) aufheben.“

Dieses Postulat hat aus allen Branchen und sämtlichen Regionen eine hohe Zustimmung erhalten. Mit steigender Unternehmensgrösse nimmt der Wunsch zur Aufhebung dieser Vorschriften zu. Bei Grossunternehmen (über 250 Mitarbeiter) liegt der Ja-Anteil bei 94% und diese Unternehmensklasse ist es auch, welche dieses Postulat in der Mehrheit (57%) als wichtig erachtet. Im verarbeitenden Gewerbe bewerten 40% dieses Postulat als wichtig, während in den anderen Branchen nur rund 27% dieser Forderung eine grosse Bedeutung zumessen.

Postulat: „Die in verschiedenen Gesamtarbeitsverträgen vereinbarte wöchentliche Höchstarbeitszeit soll ohne volle Lohnanpassung erhöht werden können.“

Im Baugewerbe stehen 77% hinter diesem Postulat, aber auch bei den Firmen, welche unternehmensbezogene Dienstleistungen erbringen, beträgt die Zustimmung 65%. Im Handel und im Gastgewerbe sowie in der Bauwirtschaft erhält dieses Postulat nicht nur eine hohe Zustimmung, sondern wird auch von gut 40% als wichtig klassiert. Im verarbeitenden Gewerbe halten hingegen nur 29% die Ausdehnung der Höchstarbeitszeit für wichtig.

Postulat: „Die Kantone sollen Massnahmen treffen, um die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland zu reduzieren.“

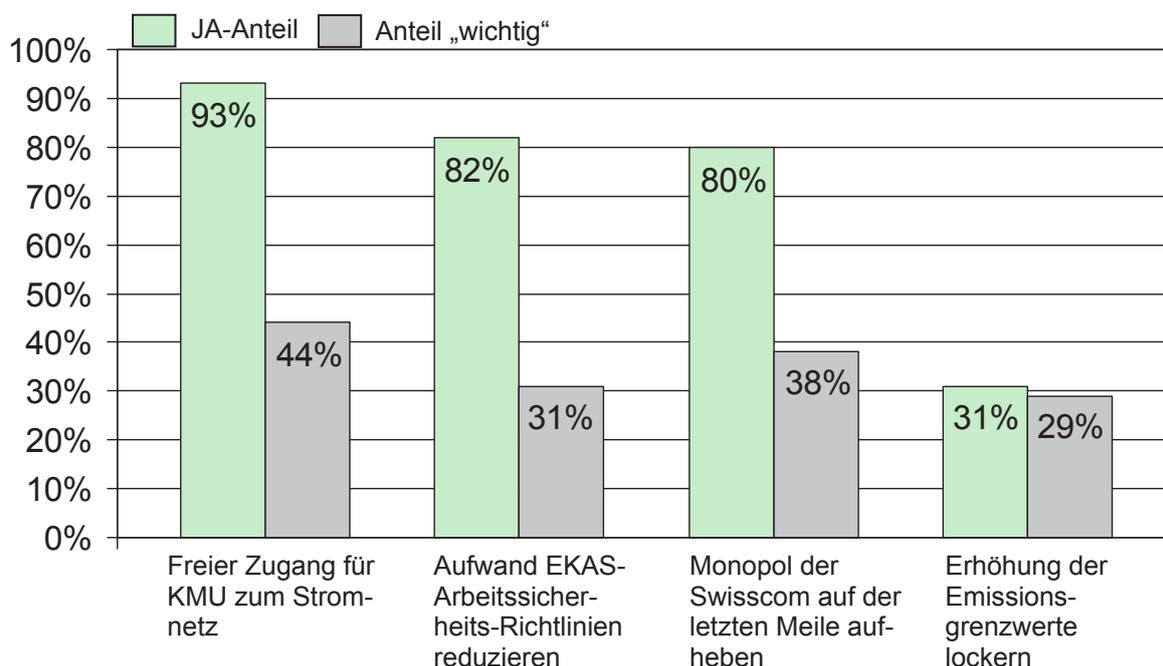
Die Zustimmung zu diesem Postulat ist aus allen Branchen, sämtlichen Grössenklassen und allen Regionen grösser als 50% und beinahe die Hälfte der Befragten betrachten solche Massnahmen als wichtig. Offen bleibt allerdings, an was für Massnahmen die Unternehmer dabei gedacht haben.

Postulat: „Der Bund soll darauf verzichten, ausschliesslich gut qualifizierte Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern zuzulassen.“

60% der Unternehmen sind der Meinung, dass der Bund aus Nicht-EU-Ländern keine unqualifizierten Arbeitskräfte zulassen soll.

Postulate zum ABBAU von Geboten und Verboten

Sicherheit / Umwelt / Stromzugang / „Letzte Meile“



Postulat: „Der Bund soll die Netzbetreiber im neuen Gesetz über die Stromversorgung verpflichten, allen KMU, unabhängig von ihrem Jahresverbrauch, den freien Zugang zum Netz zu gewähren.“

Dieses Postulat gehört zu den wenigen, welche eine Zustimmung von mehr als 90% der Befragten erhalten haben. Zwischen den Branchen, den Regionen und den Unternehmensgrössenklassen bestehen dabei nur unwesentliche Differenzen, sowohl was den Anteil der Zustimmung als auch die Wichtigkeit dieses Postulates anbelangt.

Postulat: „Der Aufwand zur Umsetzung der EKAS-Arbeitssicherheits-Richtlinien in den Unternehmen soll substantiell reduziert werden.“

Die Umsetzung der Arbeitssicherheitsrichtlinien wird von einer grossen Mehrheit der Unternehmen als zu aufwändig beurteilt. Die Reduktion dieses Aufwandes ist über alle Branchen für 31% der Betriebe wichtig, in der Baubranche für 42%.

Postulat: „Das Monopol der Swisscom auf der letzten Meile des Fernmeldemarktes soll aufgehoben werden.“

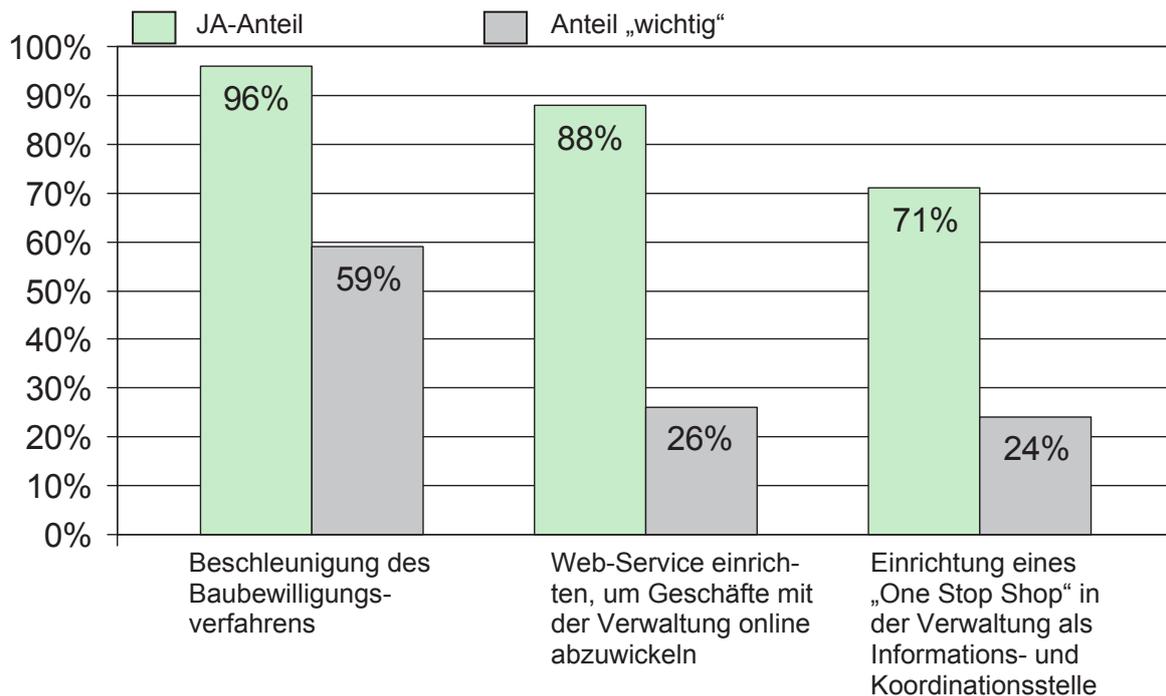
80% sprachen sich für die Aufhebung des Monopols. 38% halten die Realisierung der Forderung für wichtig – ohne nennenswerte branchenmässige Differenzen.

Postulat: „Die Umweltvorschriften sollen durch die Erhöhung der Emissionsgrenzwerte (Lärm und Luft) gelockert werden.“

Der Grossteil der Unternehmen will an den bestehenden Emissionsgrenzwerten (Lärm und Luft) festhalten. Selbst in der Branche Verkehr stimmen diesem Postulat nicht mehr als 53% zu. Auch die Dringlichkeit wird eher gering eingeschätzt. Die höchste Dringlichkeit für diese Lockerungsforderung herrscht in der Baubranche, in welcher 42% sie als wichtig einordnen.

Eine Lockerung der Arbeitsmarktregulierungen bzw. die Förderung eines flexiblen Arbeitsmarktes geniesst eine hohe Zustimmung. Die Liberalisierung des Strommarktes und des Fernmeldemarktes sowie die Reduktion der Arbeitssicherheitsrichtlinien sind bedeutende Anliegen der KMU.

Kundenorientierung der Verwaltung



Postulat: „Das Baubewilligungsverfahren (Behandlungsfristen, restriktive Fristerstreckung) soll beschleunigt werden.“

Mit 96% Zustimmung steht diese Forderung an der Spitze der Rangliste sämtlicher Postulate. Der Ruf nach einer Beschleunigung von Baubewilligungsverfahren ist dabei einhellig von sämtlichen Branchen und aus sämtlichen Regionen lautstark zu vernehmen. Auch die Wichtigkeit dieses Anliegens wird von 59% als hoch eingestuft. Es ist nicht erstaunlich, dass dieser Anteil bei den Baufirmen sogar 78% beträgt.

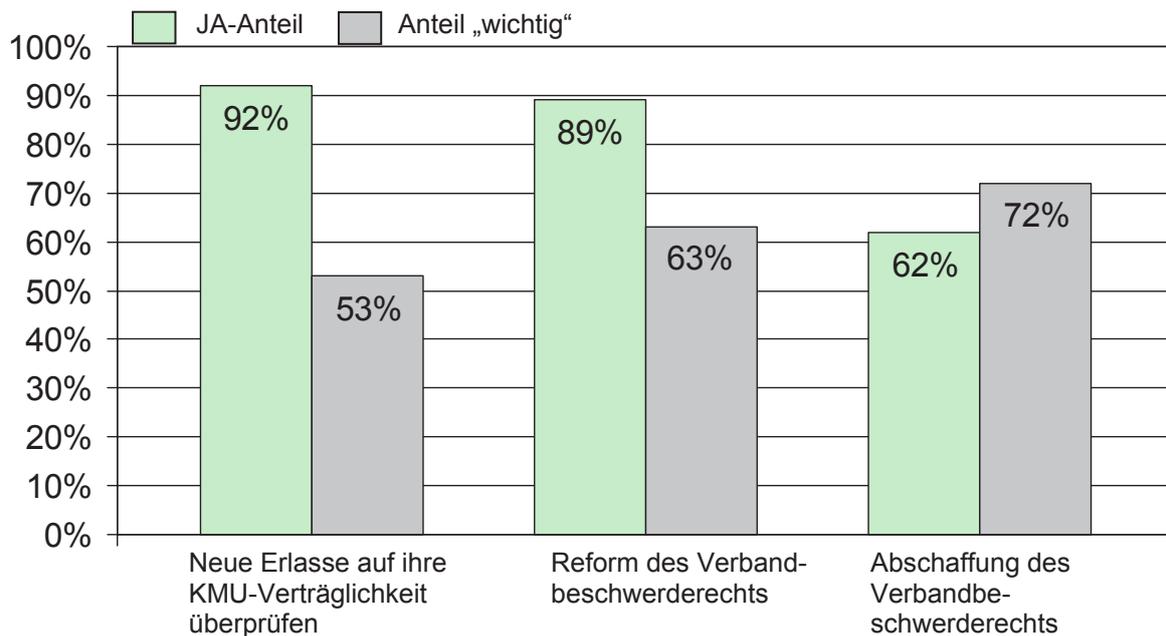
Postulat: „Zur Vereinfachung des administrativen Verkehrs soll ein Web-Service eingerichtet werden, der es den KMU erlaubt, sämtliche Geschäfte mit kommunalen und kantonalen Verwaltungen online abzuwickeln.“

Zwar erhält auch dieses Postulat eine hohe Zustimmung, doch halten dessen Realisierung nur 26% für wichtig. Industrie und Bauwirtschaft versprechen sich davon keine grosse Erleichterung. Ein Drittel der Dienstleistungsbranchen misst dem Web-Service eine hohe Bedeutung zu.

Postulat: „Der Regierungsrat soll in der Verwaltung einen „One Stop Shop“ als Informations- und Koordinationsstelle für KMU einrichten (ein Ansprechpartner für alle Anliegen).“

Das Umfragergebnis zur Schaffung eines „One Stop Shop“ gleicht demjenigen zum Web-Service in auffallender Weise. So würden es 71% der Unternehmer begrüßen, wenn sie in der Verwaltung für ihre Anliegen einen Ansprechpartner hätten. Für wichtig erachten dieses Postulat allerdings nur 24%.

Verbandsbeschwerderecht und KMU-Verträglichkeit



Postulat: „Jeder neue Erlass soll auf seine KMU-Verträglichkeit hin überprüft werden.“

Die Einführung eines Testes zur KMU-Verträglichkeit erhält eine sehr hohe und sehr breite Zustimmung – quer durch alle Branchen, Regionen und Unternehmensgrößen. Zudem findet mehr als die Hälfte der Unternehmen einen solchen Test wichtig.

Postulate:

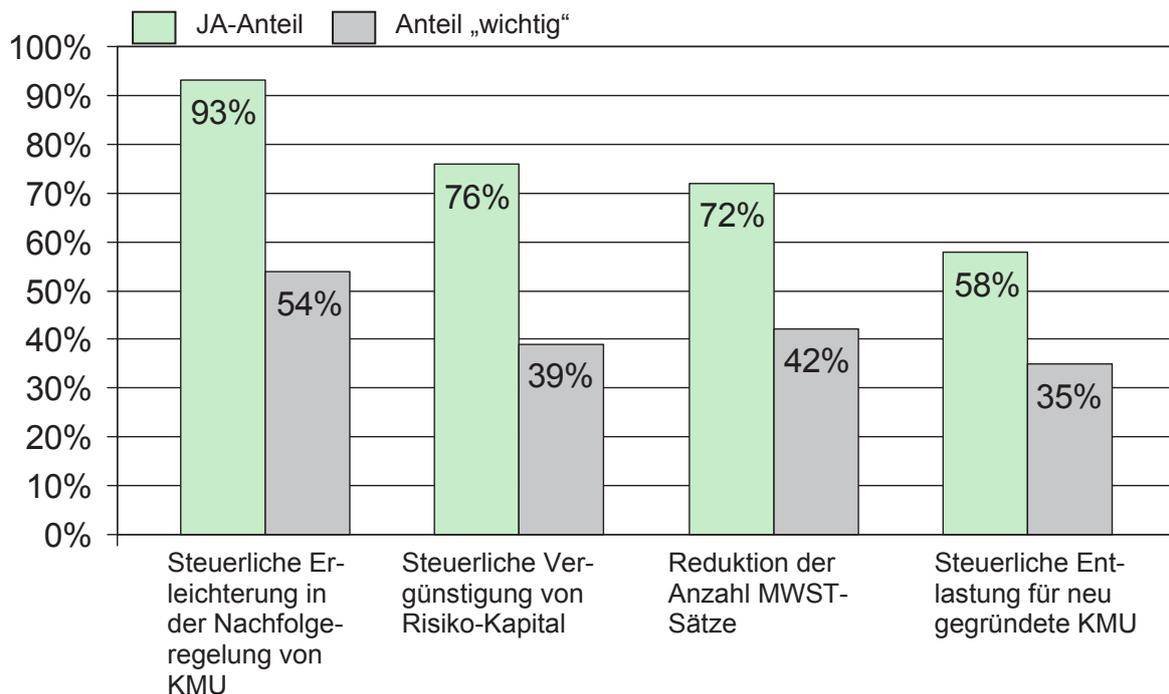
„Das Verbandsbeschwerderecht soll reformiert werden (strengere Auflagen zur Anwendung des Beschwerderechts).“

„Das Verbandsbeschwerderecht soll abgeschafft werden.“

Die Zustimmung zu den Postulaten zum Verbandsbeschwerderecht sowie die Wichtigkeit dieses Anliegens machen deutlich, wie stark sich die Unternehmen durch die aktuelle Anwendung des Verbandsbeschwerderechts behindert fühlen. Auffallend ist auch, dass ein beträchtlich grösserer Anteil eine Reform der Verbandsbeschwerde einer Abschaffung vorzieht. Diese Ansicht wird von sämtlichen Branchen geteilt. Besonders geschlossene Kritik am Verbandsbeschwerderecht erheben das verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft. Die Unternehmen aus Inner- und Ausserrhoden beurteilen Änderungen an diesem Recht für bedeutender als in St.Gallen domilizierte Firmen.

Die Postulate „Beschleunigung der Baubewilligungsverfahren“, „Reform des Verbandsbeschwerderechts“ sowie „Einführung einer KMU-Verträglichkeitsprüfung“ erhalten nicht nur eine sehr hohe Zustimmung, sondern werden auch von einer Mehrheit als wichtig beurteilt. Bei diesen drei Forderungen ist deshalb ein besonders hoher Handlungsbedarf ausgewiesen.

Nachfolgeregelung / Risiko-Kapital / MWST / Neugründung



Postulat: „Nachfolgeregelungen von KMU (Management-Buy-Out, Erbfolge etc.) sollen steuerlich vermehrt erleichtert werden.“

Innerhalb der Postulate zur fiskalischen Entlastung vom KMU erhielt die Forderung zur steuerlichen Erleichterung in der Nachfolgeregelung mit 93% am meisten Zustimmung und gehört damit auch in die Spitzengruppe sämtlicher Postulate. Mehr als die Hälfte der Unternehmer ordnen diesem Postulat auch die Bedeutung „wichtig“ zu.

Postulat: „Die Kantone sollen die Bereitstellung von Risiko-Kapital zu Gunsten von KMU, sei es durch Private oder durch Gesellschaften, steuerlich begünstigen.“

Die steuerliche Begünstigung von Risiko-Kapital wird ebenfalls von einer deutlichen Mehrheit der Befragten gefordert. Für Kleinbetriebe hat dieses Postulat eine hohe Bedeutung, hingegen halten es drei Viertel der Grossbetriebe für unwichtig.

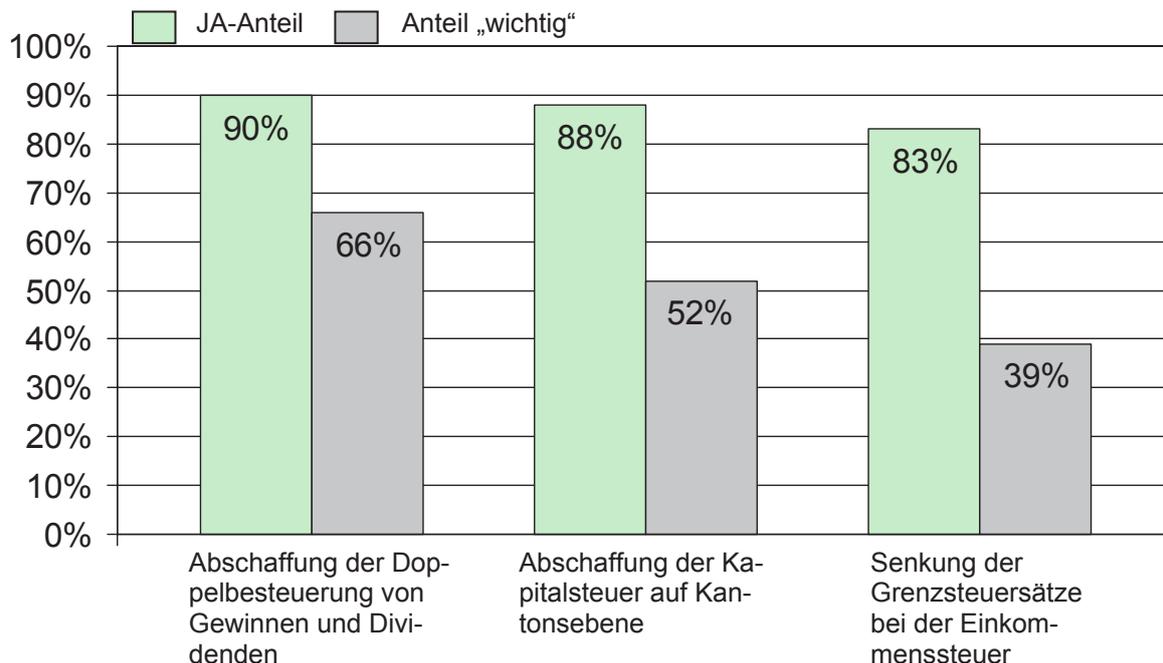
Postulat: „Die Anzahl der Mehrwertsteuersätze soll reduziert werden.“

Kleinbetriebe messen der Reduktion der Mehrwertsteuersätze eine höhere Bedeutung zu als Grossbetriebe. Für das Gastgewerbe und den Handel ist diese Forderung wichtiger als für die Industrie.

Postulat: „Neu gegründete KMU sollen steuerlich entlastet werden.“

Der Anteil der Zustimmenden zur steuerlichen Entlastungen von neu gegründeten KMU weicht sowohl zwischen den Branchen als auch den Grössenklassen nur wenig voneinander ab. Bei der Bedeutung hingegen sind die Unterschiede zwischen den Grössenklassen markant: Die Hälfte der Kleinunternehmen hält diese Entlastung für wichtig, bei Grossunternehmen sind es nur ein Fünftel.

Doppelbesteuerung und Einkommenssteuer



Postulat: „Die Doppelbesteuerung der Gewinne und Dividenden (zuerst im KMU und dann beim Eigentümer) soll abgeschafft werden.“

66% der diesem Postulat zustimmenden Unternehmer halten diese Forderung für wichtig. Damit steht die Abschaffung der Doppelbesteuerung in der Rangliste der Wichtigkeit aller Postulate auf dem ersten Platz.

Postulat: „Um die Doppelbelastung von Kapital und Vermögen zu beseitigen, soll die Kapitalsteuer auch auf Kantonsebene aufgehoben werden.“

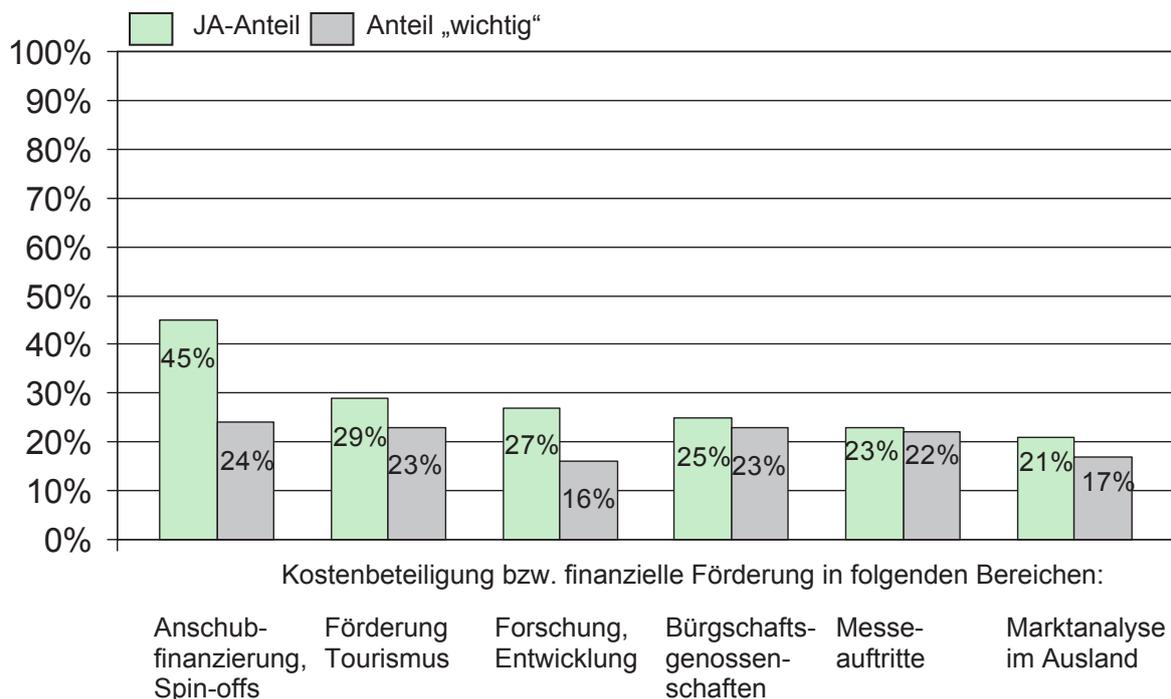
Auch diese fiskalische Entlastungsforderung erhält sowohl eine grosse Zustimmung als auch eine hohe Priorität, mit nur relativ kleinen Unterschieden zwischen Branchen, Regionen und Unternehmensgrössen.

Postulat: „Zur Milderung der Steuerlast der KMU soll der Kanton die Grenzsteuersätze der Einkommenssteuer senken (die meisten KMU werden aufgrund ihrer Rechtsform als natürliche Personen besteuert).“

Dieses Postulat erhält zwar eine hohe Zustimmung, wird aber nur von 39% als wichtig beurteilt. Von den Kleinbetrieben wird die Senkung der Grenzsteuersätze allerdings von 46% als wichtig eingeschätzt.

Steuerliche Erleichterungen bei der Nachfolgeregelung sowie die Abschaffung der Doppelbesteuerung von Gewinnen / Dividenden und der Kapitalsteuer auf Kantonsebene sind prioritäre Anliegen der Unternehmen in unserer Region.

Kostenbeteiligung und Tourismusförderung



Postulat: „Der Kanton soll einen Rahmenkredit zur Anschubfinanzierung für KMU und Spin-offs zu günstigen Konditionen bereitstellen.“

Dieses Postulat erhält am meisten Zustimmung von allen Postulaten zur Kostenbeteiligung oder finanziellen Förderung. Insgesamt wird es aber auch nur von einer Minderheit unterstützt. Zudem halten auch die Unternehmen, die eine Forderung unterstützten, diese meist für wenig wichtig.

Postulat: „Zur Förderung des Tourismus sollen mehr staatliche Mittel (z.B. für Marketingmassnahmen, Infrastrukturen) eingesetzt werden als bisher.“

Über alle Branchen hinweg wird diese Forderung abgelehnt. Dass aber dieses Postulat am meisten Zuspruch vom Gastgewerbe (67%) erhält und dass 50% dieser Branche eine solche Förderung auch als wichtig erachten, ist nicht erstaunlich.

Postulat: „Die Kantone sollen sich an bestehenden Bürgschaftsgenossenschaften für KMU finanziell beteiligen.“

Auch diesem Postulat wird wenig Unterstützung und keine grosse Bedeutung beigemessen. Bei den Kleinbetrieben ist es aber immerhin knapp ein Drittel, welche eine finanzielle Beteiligung des Staates an Bürgschaftsgenossenschaften begrüsst und für wichtig hält.

Postulate:

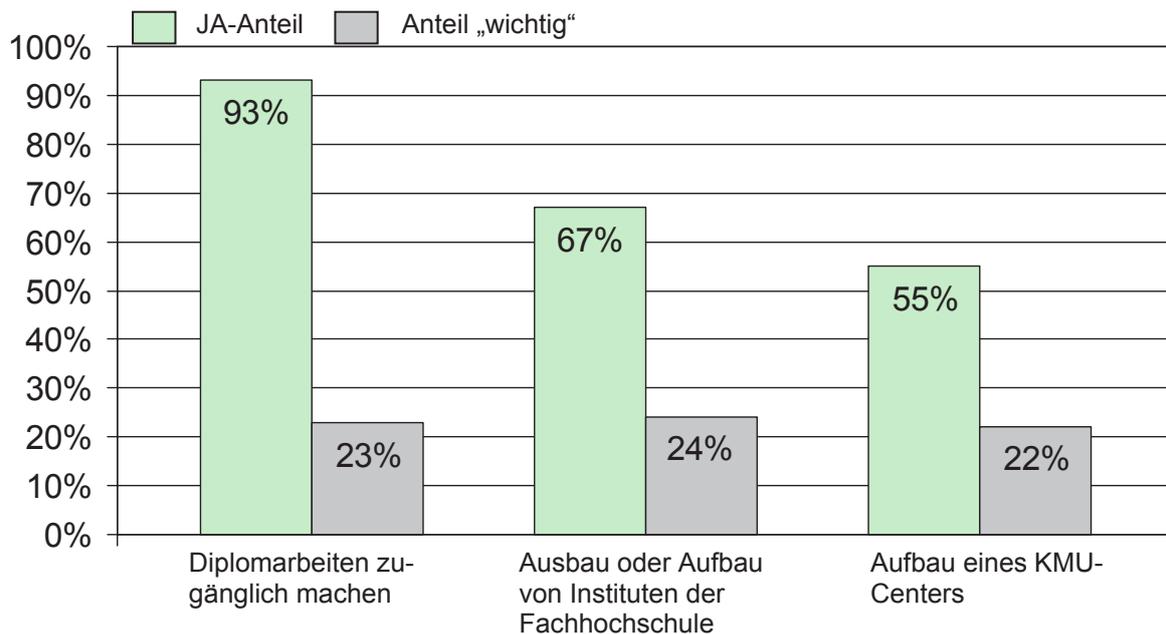
„Die Kantone sollen teilweise die aus Erfolg versprechenden Forschungs- und Entwicklungsprojekten herrührenden Kosten übernehmen.“

„Die Kantone sollen sich an den Kosten aus Messeauftritten von KMU im Ausland beteiligen.“

„Die Kantone sollen sich an den Kosten beteiligen, welche den ansässigen KMU aus Marktanalysen erwachsen, die im Hinblick auf die Erschliessung neuer Märkte im Ausland in Auftrag gegeben werden.“

Den Postulaten nach Kostenbeteiligung des Staates an Aufwendungen der KMU kommt wenig Unterstützung und wenig Bedeutung zu – auch von Kleinunternehmen, speziell aber von mittleren und grösseren Unternehmen.

Freigabe von Diplomarbeiten, Ausbau Institute, Aufbau KMU-Center



Postulat: „Diplomarbeiten an Universitäten und Fachhochschulen sollen den KMU mit Zustimmung des Auftraggebers zugänglich gemacht werden.“

Ein Zugriff auf Diplomarbeiten wird von einer sehr grossen Mehrheit der Unternehmen quer durch alle Branchen und Grössenklassen begrüsst. Mit 93% Zustimmung gehört dieses Postulat zur Spitzengruppe aller Postulate. Dass nur 23% der Zustimmenden dem Zugang zu Diplomarbeiten eine hohe Wichtigkeit zuordnen, verdeutlicht, dass sich die Unternehmen davon keinen substantziellen Beitrag zur Bewältigung ihrer unternehmerischen Herausforderungen versprechen.

Postulat: „Zur Unterstützung der technologischen Entwicklung von KMU sollen ausgewählte Institute der Fachhochschulen infrastrukturell und personell ausgebaut oder neu aufgebaut werden.“

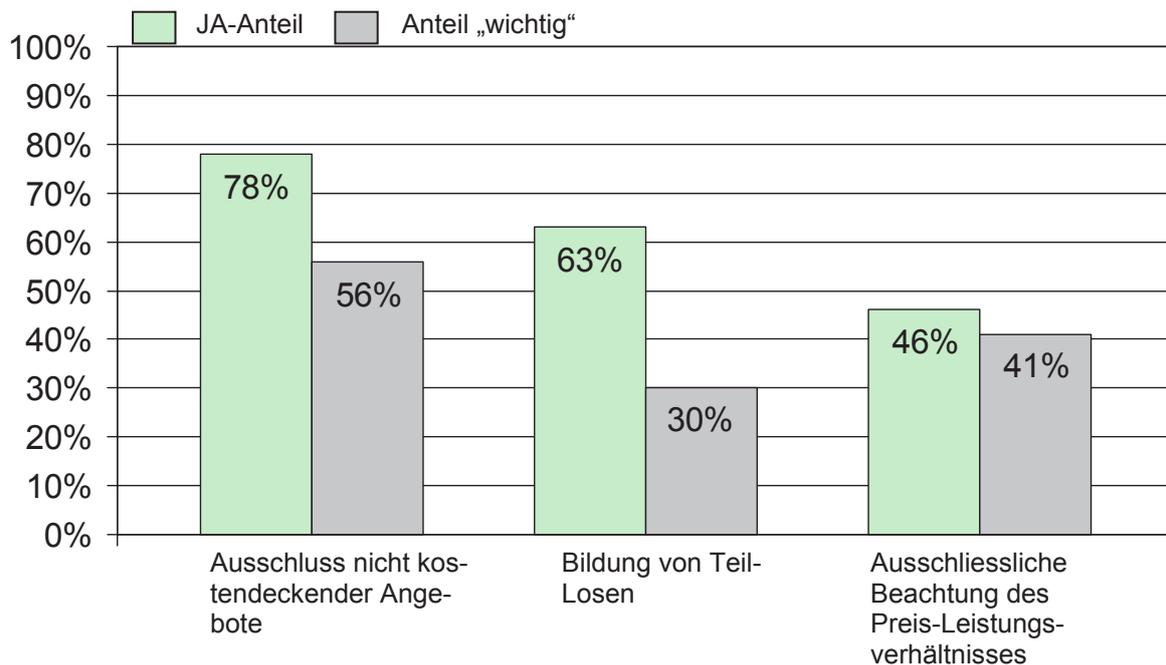
Der Zustimmungsanteil zum Auf- bzw. Ausbau von Instituten wächst mit der Grösse der Unternehmen, die Bedeutung hingegen sinkt.

Postulat: „Der Kanton soll zusammen mit ausgewählten Institutionen ein KMU-Center betreiben, welches den KMU auf dem Gebiet der Technologie und der Innovation umfassend und kostengünstig Informationen und Beratung bietet.“

Gut die Hälfte der befragten Unternehmen begrüsst den Aufbau eines KMU-Centers. Allerdings halten nur 22% von dieser Hälfte ein solches Zentrum für wichtig.

Alle Postulate zur Kostenbeteiligung des Staates erhalten von den Unternehmen sowohl eine ausserordentlich tiefe Zustimmung als auch eine kleine Bedeutung. Ganz offensichtlich ist es gemäss Einschätzung der Unternehmen nicht Aufgabe des Staates, den KMU mit finanziellen Beiträgen unter die Arme zu greifen. Der Zugriff auf Diplomarbeiten ist hingegen ein breit abgestützter Wunsch. Inwieweit der Auf- bzw. Ausbau von Instituten und eines KMU-Centers vorangetrieben werden sollte, bleibt angesichts der geringen Wichtigkeit und der anfallenden Kosten fraglich.

Die Berücksichtigung des Preises, Bildung von Teil-Losen



Postulat: „Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollen nicht-kostendeckende Angebote generell ausgeschlossen werden.“

Dieses Postulat genießt sowohl die höchste Zustimmung als auch die höchste Wichtigkeit aller Postulate im Bereich der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Bei der Umsetzung dieses Postulates dürfte es sich allerdings als schwierig erweisen, den kostendeckenden Preis eines Angebotes zu bestimmen.

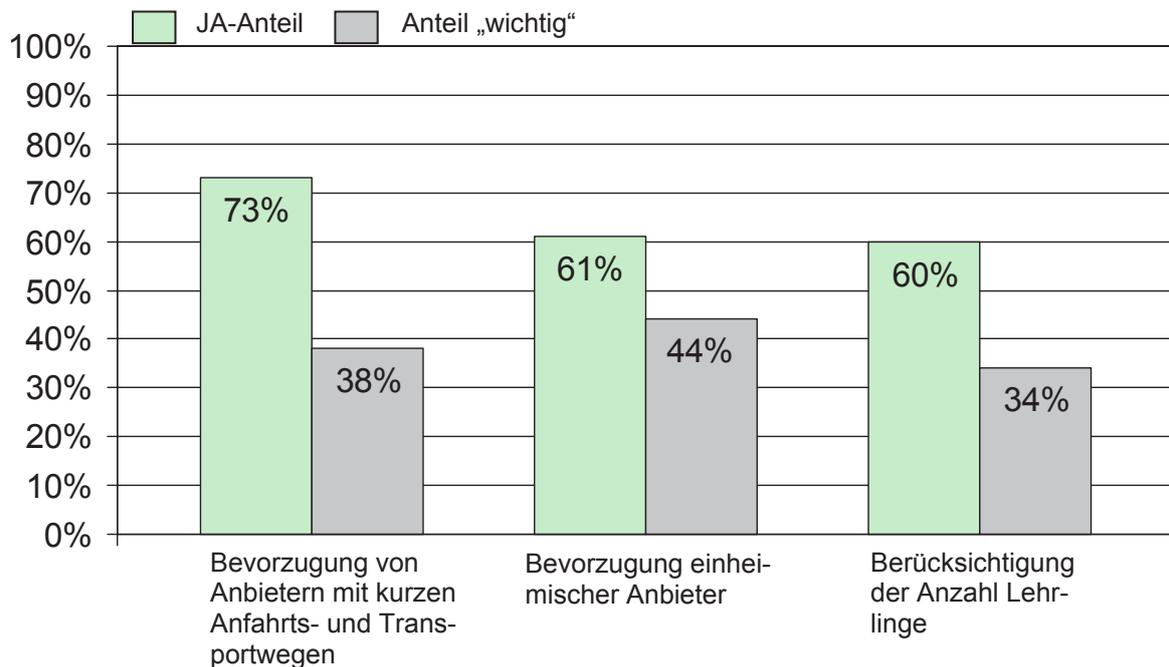
Postulat: „Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollen viele Teil-Lose gebildet werden, damit auch kleinere Unternehmen mitbieten können.“

Es versteht sich von selbst, dass dieser Aufforderung vor allem Kleinunternehmen (74%) zugestimmt haben. Allerdings ist es auch bei den Kleinunternehmen nur eine Minderheit (39%), welche die Bildung von Teil-Losen für wichtig hält.

Postulat: „Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soll ausschliesslich auf das Preis-Leistungsverhältnis geachtet werden.“

41% schliessen sich diesem Postulat an, was gleichzeitig bedeutet, dass eine Mehrheit von 59% neben dem Preis-Leistungsverhältnis noch andere Kriterien bei der Auftragsvergabe berücksichtigt haben möchte. Vor allem Baufirmen und Kleinunternehmen wünschen, dass bei der Auftragsvergabe weiteren Kriterien als Entscheidungsgrundlage herbeigezogen werden.

Berücksichtigung weiterer Kriterien (neben dem Preis)



Postulat: „Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollen die Anbieter mit kurzen Anfahrts- und Transportwegen, bei im übrigen vergleichbaren Preis-Leistungsverhältnis, generell bevorzugt werden.“

Bei der Zustimmung zu diesem Postulat bestehen zwischen den Branchen keine grossen Unterschiede. Die Bedeutung aber wird vor allem in der Baubranche hervorgehoben, in der die Mehrheit der Firmen die Berücksichtigung der Anfahrts- und Transportwege bei der Vergabe als wichtig erachtet.

Postulat: „Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollen einheimische Anbieter den Zuschlag auch dann erhalten, wenn ihre Preisangebot bis zu 5% höher liegt als diejenigen von auswärtigen Konkurrenten.“

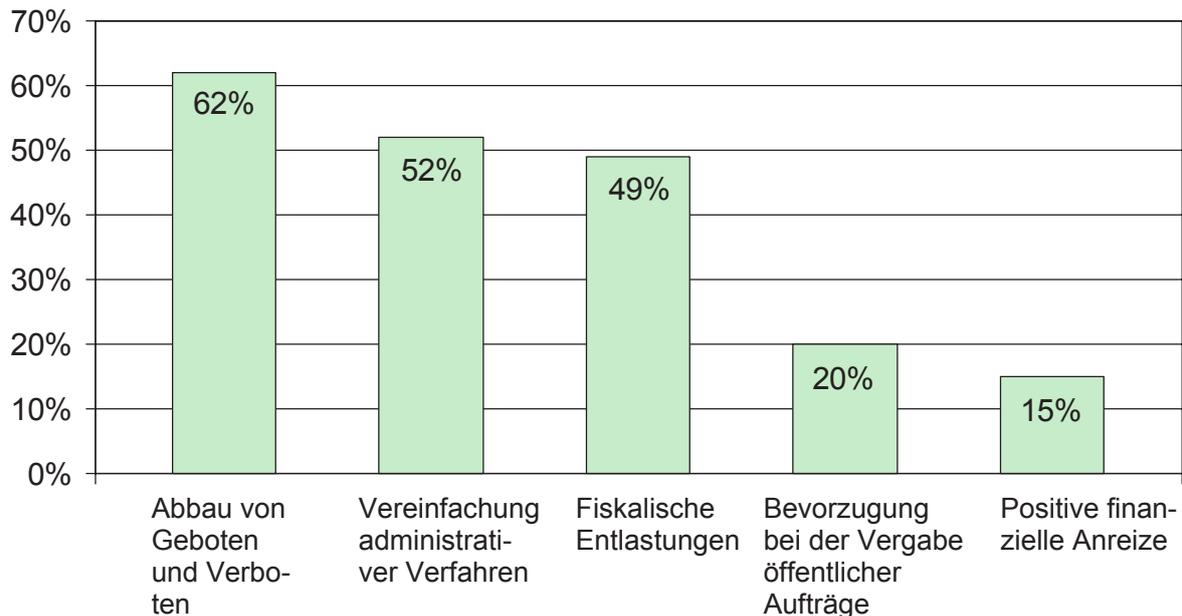
Der Schutz von einheimischen Betrieben wird vor allem in Appenzell Innerrhoden von einem hohen Anteil der Unternehmen getragen (83%), der entsprechende Anteil im Ausserrhoden liegt bei 65%, im Kanton St.Gallen bei 58%.

Postulat: „Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soll berücksichtigt werden, wie viele Lehrlinge beschäftigt werden.“

Die Mehrheit der Bauunternehmen stimmt dieser Forderung zu und beurteilt diese als wichtig. Bei den anderen Branchen wird der Bedeutung dieses Kriteriums deutlich weniger Gewicht beigemessen.

Die Postulate zur Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge erhalten vor allem von Kleinunternehmen und der Baubranche Unterstützung. Die höchste Zustimmung und die höchste Wichtigkeit – quer durch alle Branchen – wird dem Ausschluss nicht kostendeckender Angebote zuteil. Die ausschliessliche Berücksichtigung des Preis-Leistungs-Verhältnisses wird hingegen nur von einer Minderheit unterstützt.

Welche Teilbereiche sind am wichtigsten?



Abschlussfrage: Welche zwei der im Fragebogen behandelten Themenbereiche sind Ihnen am wichtigsten?

Themenbereiche

Abbau von Geboten und Verboten, Vereinfachung administrativer Verfahren und fiskalische Entlastungen sind die drei Bereiche, bei denen gemäss Umfrage der grösste und bedeutendste Handlungsbedarf besteht. Deutlich weniger wichtig werden die Bereiche Vergabe öffentlicher Aufträge und finanzielle Anreize beurteilt. Was von den Unternehmen primär gefordert wird, sind vielmehr weniger staatliche Eingriffe bzw. grössere Freiräume als aktive staatliche Unterstützung.

Analyse nach Branchen

Speziell für das verarbeitende Gewerbe (insbesondere Nahrungsmittel-, Textil-, Holz-, Papier- und chemische Industrie) ist der Abbau von Geboten und Verboten von höchster Priorität. Das Baugewerbe misst der Bevorzugung bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen eine bedeutend grössere Wichtigkeit zu als die anderen Branchen. Bei den Dienstleistungen für Unternehmen wird der Vereinfachung administrativer Verfahren und der fiskalischen Entlastung mehr Bedeutung zugemessen als dem Abbau von Geboten und Verboten.

Analyse nach Unternehmensgrösse

Zwischen Klein- und Grossbetrieben bestehen bei der Bedeutung der Themenbereiche folgende Unterschiede: Die Bereiche finanzielle Anreize und Bevorzugung bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen werden bei Kleinunternehmen von einer grösseren, aber trotzdem deutlichen Minderheit als wichtig erachtet. Die Forderung nach Abbau von Geboten und Verboten steigt hingegen mit zunehmender Unternehmensgrösse an, von 53% bei Kleinbetrieben bis 92% bei Grossunternehmen.

Analyse nach Kantonen

Der Ruf nach fiskalischer Entlastung ist im Kanton St.Gallen lauter als in den beiden Appenzell. Die Ausserrhoder Unternehmer messen der Vereinfachung administrativer Verfahren mehr Gewicht bei als diejenigen in den Nachbarkantonen. Nur 9% der Unternehmen in Innerrhoden - und damit weniger als in St.Gallen und Ausserrhoden - wünschen sich vom Kanton positive finanzielle Anreize.

Wo drückt die KMU der Schuh?

Besorgniserregende Stimmung

Die Resultate der Umfrage zeigen eine besorgniserregende Stimmung bei den Unternehmen. Besonders nachdenklich stimmt die Meinung von 57% der Befragten, dass sie mit ihren Anliegen von Kanton und Gemeinden nicht ernst genommen werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Unternehmen eine Rückeroberung und Ausdehnung ihrer unternehmerischen Freiheit wollen. Entsprechend prioritär ist deshalb die Forderung nach Abbau von Geboten und Verboten, gefolgt vom Wunsch nach Vereinfachung administrativer Verfahren und kleinerer fiskalischer Belastung. Die grosse Mehrheit der Betriebe erwarten hingegen keine öffentlichen Fördermittel. Auch der Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ordnen sie – im Vergleich zur unternehmerischen Freiheit – wenig Bedeutung zu.

Handlungsbedarf

Ein besonderer Handlungsbedarf zeigt sich bei jenen Postulaten, denen die Mehrheit zustimmt und die wiederum von einer Mehrheit der Zustimmenden als wichtig erachtet werden. Folgende Forderungen vereinen diese doppelte Mehrheit:

- Baubewilligungsverfahren beschleunigen;
- KMU-Verträglichkeitstest einführen;
- Verbandsbeschwerderecht reformieren bzw. abschaffen;
- Nachfolgeregelung von KMU steuerlich begünstigen;
- Doppelbesteuerung von Gewinnen und Dividenden abschaffen;
- Kapitalsteuer abschaffen;
- Nicht kostendeckende Angebote bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ausschliessen.

Handlungsbedarf besteht auch bei jenen Postulaten, die mehr als die Hälfte der Unternehmen auf sich vereinen, die aber nur von einer Minderheit als wichtig erachtet werden. Es ist nämlich erstens zu bedenken, dass erstens deren Bedeutung je nach Branche unterschiedlich und zweitens das Kosten-Nutzen-Verhältnis für die Frage der Umsetzung mitentscheidend ist. Zu dieser Kategorie von Postulaten gehören:

- Arbeitsmarktregulierungen (Dauernacharbeit, Höchstarbeitszeit, Arbeitssicherheit) lockern;
- Strommarkt und Fernmeldemarkt liberalisieren;
- Web-Service und „One Stop Shop“ in der Verwaltung einführen;
- Steuerliche Belastung reduzieren (Risiko-Kapital, MWST-Sätze, Neugründungen, Einkommenssteuer);
- Institute an Fachhochschulen fördern und Diplomarbeiten zugänglich machen;
- KMU-Center aufbauen;
- Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Teil-Lose, Transportwege, einheimische Anbieter, Lehrlingszahl).

Fazit: Was wollen die KMU?

Diese Frage kann - zusammengefasst in vier Punkten - folgendermassen beantwortet werden:

- Mehr unternehmerische Freiheit
- Weniger administrativer Aufwand
- Tiefere fiskalische Belastung
- Mehrheitlich keine öffentlichen Fördermittel.

Was tut die IHK?

Diejenigen Postulate, denen weniger als die Hälfte der Befragten zugestimmt hat und von diesen auch nicht für wichtig erachtet wurden, werden von der IHK St.Gallen-Appenzell nicht weiter verfolgt.

Jene Vorstösse, welche in der Zwischenzeit bereits ausgearbeitet und/oder in die parlamentarische Beratung eingebracht wurden - z.B. Reform des Verbandsbeschwerderechts, Unternehmenssteuerreform - werden von der IHK aufmerksam verfolgt und unterstützt.

In den kommenden Monaten wird die IHK St.Gallen-Appenzell auf der Basis der Ergebnisse der Umfrage detaillierte Vorstösse in Zusammenarbeit mit Dritten ausarbeiten und deren politische Umsetzung in die Wege leiten - zur Stärkung der KMU und unseres Wirtschaftsstandortes.

Im Zentrum stehen derzeit folgende Anliegen der KMU:

- **Administrative Entlastung von kleinen und mittleren Unternehmen:** Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe, welche vom Regierungsrat des Kantons St.Gallen einberufen wurde. Der Schlussbericht der Arbeitsgruppe zuhanden der Regierung ist erstellt.
- **Deregulierung Raumplanungs-, Bau- und Umweltrecht:** Die IHK St.Gallen-Appenzell erhebt bei ihren Mitgliedern sowie den zuständigen Bau- und Umweltbehörden eine Liste der häufigsten und die Unternehmen am stärksten belastenden Vorschriften des Raumplanungs-, Bau- und Umweltrechts. Unterstützt werden wir dabei von der IHK Thurgau, der IHK Graubünden und der IHK Glarus.
- **Deregulierung Arbeitsrecht:** Die IHK St.Gallen-Appenzell erhebt bei verschiedenen Organisationen (Vorstand, Mitglieder, Arbeitgeberverbände, Vereinigung der Personalchefs usw.) die häufigsten und die Unternehmen am stärksten belastenden Vorschriften des privaten und öffentlichen Arbeitsrechts mit Berücksichtigung der Gesamtarbeitsverträge. Unterstützt werden wir dabei von der IHK Thurgau, der IHK Graubünden und der IHK Glarus.
- **Zugang zu Diplomarbeiten:** Wir haben eine Machbarkeits-Studie zum Zugang zu Diplomarbeiten an Universitäten und Fachhochschulen erstellen lassen und bereiten entsprechende Anträge an diese Institute vor.

Statistische Angaben zur Befragung

Befragte Unternehmen nach Branche

Branche	Anzahl	Anteil
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	40	3.9%
Textilien, Bekleidung, Leder, Schuhe	71	6.9%
Be- und Verarbeitung von Holz	15	1.5%
Papier, Karton, Verlag, Druck	32	3.1%
Chemische Industrie	18	1.8%
Kunststoffindustrie	26	2.5%
Metallindustrie	80	7.8%
Maschinen- und Fahrzeugbau	61	5.9%
Elektronik	44	4.3%
Baugewerbe	171	16.7%
Handel und Reparaturen	95	9.3%
Gastgewerbe	20	2.0%
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	18	1.8%
Banken, Versicherungen	29	2.8%
Informatik, DL für Unternehmen	183	17.9%
Gesundheits- und Sozialwesen, Unterricht, Forschung	18	1.8%
Übrige	104	10.2%
Total	1025	100%

Befragte Unternehmen nach Branchengruppen

Branchengruppe	Anzahl	Anteil
Verarbeitendes Gewerbe	387	37.8%
Baugewerbe	171	16.7%
Handel, Gastgewerbe	115	11.2%
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	230	22.4%
Übrige	122	11.9%
Total	1025	100%

Befragte Unternehmen nach Kantonen

Kantone	Anzahl	Anteil
Kanton St.Gallen	867	84.6%
Kanton Appenzell Ausserrhoden	101	9.9%
Kanton Appenzell Innerrhoden	24	2.3%
Keine Angaben	33	3.2%
Total	1025	100%

Fragebogen

Fragebogen - Förderung der KMU - Politische Forderungen

1 Einstieg		
1.1	Werden die Anliegen der KMU von Kantonen und Gemeinden ernst genommen?	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN
1.2	Fühlen Sie sich in Ihrer unternehmerischen Freiheit vom Staat behindert?	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN
1.3	Sollte die öffentliche Hand die KMU aktiv fördern?	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN

			Einverständnis	Wichtigkeit				
Erklärung wichtiger Begriffe:		nicht beurteilbar	einverstanden	unwichtig	eher unwichtig	weder wichtig noch unwichtig	eher wichtig	wichtig
Einverständnis: <i>Sind Sie mit den nachstehenden Forderungen an den Staat (Bund, Kantone oder Gemeinden) einverstanden – nicht einverstanden</i>								
Wichtigkeit: <i>Wie wichtig sind Ihnen die Forderungen, mit denen Sie einverstanden sind, aus dem Blickwinkel Ihres Unternehmens?</i>				--	-	±	+	++
Sind Sie mit den folgenden Forderungen einverstanden, wenn ja: Wie wichtig sind diese für Sie?								
2 Förderung der KMU durch ABBAU von Geboten und Verboten								
2.1	Die Kantone sollen Massnahmen treffen, um die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland zu reduzieren.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
2.2	Der Bund soll darauf verzichten, ausschliesslich gut qualifizierte Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern zuzulassen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
2.3	Der Aufwand zur Umsetzung der EKAS-Arbeitssicherheits-Richtlinien in den Unternehmen soll substantiell reduziert werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
2.4	Der Bund soll die einschränkenden Vorschriften über die Dauernachtarbeit (Nachtarbeit ohne Wechsel mit Tagesarbeit) aufheben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
2.5	Die Umweltvorschriften sollen durch die Erhöhung der Emissionsgrenzwerte (Lärm und Luft) gelockert werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
2.6	Der Bund soll die Netzbetreiber im neuen Gesetz über die Stromversorgung verpflichten, allen KMU, unabhängig von ihrem Jahresverbrauch, den freien Zugang zum Netz zu gewähren.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
2.7	Das Monopol der Swisscom auf der letzten Meile des Fernmeldemarktes soll aufgehoben werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
2.8	Die in verschiedenen Gesamtarbeitsverträgen vereinbarte wöchentliche Höchstarbeitszeit soll ohne volle Lohnanpassung erhöht werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
2.9	Welche weiteren, Ihren unternehmerischen Handlungsspielraum einschränkenden Gebote und Verbote sollen Ihres Erachtens aufgehoben werden? Bitte ergänzen Sie diese und nehmen Sie eine Gewichtung vor.							
2.9.1				<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
2.9.2				<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5

			Einverständnis	Wichtigkeit				
Erklärung wichtiger Begriffe:		nicht beurteilbar	einverstanden	unwichtig	eher unwichtig	weder wichtig noch unwichtig	eher wichtig	wichtig
Einverständnis: Sind Sie mit den nachstehenden Forderungen an den Staat (Bund, Kantone oder Gemeinden) einverstanden – nicht einverstanden								
Wichtigkeit: Wie wichtig sind Ihnen die Forderungen, mit denen Sie einverstanden sind, aus dem Blickwinkel Ihres Unternehmens?								
Sind Sie mit den folgenden Aussagen einverstanden, wenn ja:				--	-	±	+	++
Wie wichtig sind diese für Sie?								
3 Förderung der KMU durch VEREINFACHUNG administrativer Verfahren								
3.1	Zur Vereinfachung des administrativen Verkehrs soll ein Web-Service eingerichtet werden, der es den KMU erlaubt, sämtliche Geschäfte mit kommunalen und kantonalen Verwaltungen online abzuwickeln.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
3.2	Der Regierungsrat soll in der Verwaltung einen „One Stop Shop“ als Informations- und Koordinationsstelle für KMU einrichten (ein Ansprechpartner für alle Anliegen).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
3.3	Jeder neue Erlass soll auf seine KMU-Verträglichkeit hin überprüft werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
3.4	Das Baubewilligungsverfahren (Behandlungsfristen, restriktive Fristen-erstreckungen) soll beschleunigt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
3.5	Das Verbandsbeschwerderecht soll reformiert werden (strengere Auflagen zur Anwendung des Beschwerderechtes).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
3.6	Das Verbandsbeschwerderecht soll abgeschafft werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
3.7	Welche weiteren Vereinfachungen der administrativen Verfahren wünschen Sie sich? Bitte ergänzen Sie diese und nehmen Sie eine Gewichtung vor.							
3.7.1				<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
3.7.2				<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5

4 Förderung der KMU durch fiskalische ENTLASTUNGEN								
4.1	Neu gegründete KMU sollen steuerlich entlastet werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
4.2	Die Kantone sollen die Bereitstellung von Risiko-Kapital zu Gunsten von KMU, sei es durch Private oder durch Gesellschaften, steuerlich begünstigen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
4.3	Um die Doppelbelastung von Kapital und Vermögen zu beseitigen, soll die Kapitalsteuer auch auf Kantonsebene aufgehoben werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
4.4	Die Doppelbesteuerung der Gewinne und Dividenden (zuerst im KMU und dann beim Eigentümer) soll abgeschafft werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
4.5	Zur Milderung der Steuerlast der KMU soll der Kanton die Grenzsatzsätze der Einkommenssteuer senken (die meisten KMU werden aufgrund ihrer Rechtsform als natürliche Personen besteuert).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
4.6	Die Anzahl der Mehrwertsteuersätzen soll reduziert werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
4.7	Nachfolgeregelungen von KMU (Management-Buy-Out, Erbfolge etc.) sollen steuerlich vermehrt erleichtert werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
4.8	Welche weiteren fiskalischen Entlastungen sollen Kantone und Gemeinden zu Gunsten der KMU treffen? Bitte ergänzen Sie diese und nehmen Sie eine Gewichtung vor.							
4.8.1				<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
4.8.2				<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5

			Einverständnis	Wichtigkeit				
Erklärung wichtiger Begriffe: Einverständnis: Sind Sie mit den nachstehenden Forderungen an den Staat (Bund, Kantone oder Gemeinden) einverstanden – nicht einverstanden Wichtigkeit: Wie wichtig sind Ihnen die Forderungen, mit denen Sie einverstanden sind, aus dem Blickwinkel Ihres Unternehmens?		nicht beurteilbar	einverstanden	unwichtig	eher unwichtig	weder wichtig noch unwichtig	eher wichtig	wichtig
Sind Sie mit den folgenden Aussagen einverstanden, wenn ja: Wie wichtig sind diese für Sie?				--	-	±	+	++
5 Förderung der KMU durch positive finanzielle ANREIZE								
5.1	Die Kantone sollen sich an bestehenden Bürgerschaftsgenossenschaften für KMU finanziell beteiligen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
5.2	Der Kanton soll einen Rahmenkredit zur Anschubfinanzierung für KMU und Spin-offs zu günstigen Konditionen bereitstellen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
5.3	Zur Förderung des Tourismus sollen mehr staatliche Mittel (z.B. für Marketingmassnahmen, Infrastrukturen) eingesetzt werden als bisher.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
5.4	Die Kantone sollen sich an den Kosten beteiligen, welche den ansässigen KMU aus Marktanalysen erwachsen, die im Hinblick auf die Erschliessung neuer Märkte im Ausland in Auftrag gegeben werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
5.5	Die Kantone sollen sich an den Kosten aus Messeauftritten von KMU im Ausland beteiligen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
5.6	Die Kantone sollen teilweise die aus erfolgversprechenden Forschungs- und Entwicklungsprojekten herrührenden Kosten übernehmen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
5.7	Der Kanton soll zusammen mit ausgewählten Institutionen ein KMU-Center betreiben, welches den KMU auf dem Gebiet der Technologie und der Innovation umfassend und kostengünstig Information und Beratung bietet.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
5.8	Zur Unterstützung der technologischen Entwicklung von KMU sollen ausgewählte Institute der Fachhochschulen infrastrukturell und personell ausgebaut oder neu aufgebaut werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
5.9	Diplomarbeiten an Universitäten und Fachhochschulen sollen den KMU mit Zustimmung des Auftraggebers zugänglich gemacht werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
5.10	Welche weiteren Fördermassnahmen sollen Kantone und Gemeinden zu Gunsten der KMU treffen? Bitte ergänzen Sie diese und nehmen Sie eine Gewichtung vor.							
5.10.1				<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
5.10.2				<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5

